

gestern den Vermittlungsvorschlag Sir Edward Grey übermittelte hatte, ist mir die offizielle Meldung meines Boten in St. Petersburg zugekommen, wonach der Kaiser von Rußland die Mobilmachung aller Militärbezirke an meinen Grenzen angeordnet hat. Graf Szököny melbet mir, Du hättest Kaiser Nikolaus in einzig treffender Weise schon gesagt, daß die russischen Mächtigungen einzustellen seien, weil sonst die ganze Verantwortung für einen Weltkrieg auf seine Schultern falle. Im Bewußtsein meiner schweren Pflichten für die Zukunft meines Reiches habe ich die Mobilisierung meiner ganzen bewaffneten Macht angeordnet. Die im Zuge befindliche Aktion meiner Armee gegen Serbien kann durch die bedrohliche und herausfordernde Haltung Rußlands keine Störung erfahren. Eine neuerliche Retung Serbiens durch Rußlands Intervention müßte die ernstesten Folgen für meine Länder nach sich ziehen, und ich kann daher eine solche Intervention unmöglich zugeben.

Franz Josefs Telegramm schließt mit den Worten: „Ich bin mir der Tragweite meiner Entschlüsse bewußt und habe dieselben im Vertrauen auf Gottes Gerechtigkeit gefaßt mit der Sicherheit, daß Deine Wehrmacht in unwandelbarer Bundesstreue für mein Reich und für den Dreiebund einstehen wird.“

Frankreich beginnt die Feindseligkeiten.

Am 3. August telegraphiert der Kanzler an den deutschen Botschafter in Paris:

„Deutsche Truppen hatten bis jetzt Befehl, französische Grenze strengstens zu respektieren, und diesen überall strikt befolgt. Dagegen haben trotz Zusicherung der 10-Kilometer-Zone französische Truppen schon gestern bei Ulmünsteral und auf Gebirgsstraßen in Vogesen deutsche Grenze überschritten und stehen noch auf deutschem Gebiet. Französische Flieger, der belgische Gebiet überflogen haben muß, wurde bei Versuch, Eisenbahn bei Besele zu zerstören, schon gestern herabgeschossen. Mehrere andere französische Flugzeuge sind gestern über Eifelgebiet zweifelsfrei festgesetzt. Auch diese müssen belgisches Gebiet überflogen haben. Gestern warfen französische Flieger Bomben auf Bahnen bei Karlsruhe und Nürnberg. Frankreich hat uns somit in Kriegszustand versetzt. Bitte Ew. Exzellenz, Vorstehendes heute nachmittags 6 Uhr dortiger Regierung mitzuteilen, Ihre Pässe fordern und noch Übergabe der Geschäfte an amerikanische Botschaft abreißen.“

Deutsche Mahnung zur Besonnenheit.

Zur Zeit, als das Vermittlungsangebot schwebte, suchte Deutschland in Wien abzuwiegeln, worüber unser dortiger Botschafter am 30. Juli folgendes nach Berlin meldet:

„Ich lenkte die Aufmerksamkeit des Ministers (Berchtold) noch besonders darauf hin, daß die berechtigten Ansprüche Österreich-Ungarns durch eine Züchtigung Serbiens, unter Garantiehaftung für dessen weiteres Wohlverhalten, durch Annahme des Vermittlungsvorschlags voll gewahrt schienen und damit der von der Monarchie von Anfang an erklärte Zweck der ganzen Aktion gegen Serbien ohne Entfesselung des Weltkriegs erreicht werden würde. Unter diesen Umständen scheint mir eine völlige Ablehnung der Vermittlung ausgeschlossen. Der Waffenruhe werde durch Befehle der serbischen Gebiets durch österreichisch-ungarische Truppen Genüge geleistet. Daß diese militärische Befehle serbischen Gebiets unter ausdrücklicher Zustimmung Rußlands geschehen solle, bedeute unstrittig eine wertvolle Stärkung des österreichischen Einflusses gegenüber Rußland und am Balkan. Ich hat die beiden Herren, die unerschütterlichen Konzeptionen einer Ablehnung der Vermittlung sich vor Augen zu halten. Als Graf Berchtold das Zimmer verlassen hatte, um sich zu Audienz beim Kaiser umzusehen, habe ich dann noch Graf Forgach allein sehr ernst ins Gewissen geredet, der auch seine Ansicht dahin äußerte, daß er ein Eingehen auf die Vermittlung für geboten halte. Allerdings scheine ihm eine Einschränkung der im Gange befindlichen militärischen Operationen kaum möglich.“

Weiter sagt unser Botschafter in seinem Bericht: „Gestern nachmittags habe ich Gelegenheit genommen, erneut mit Graf Forgach und Graf Szonoz sehr ernst in unserem Sinne Rücksprache zu nehmen. Sie versicherten mir beide, daß mit Rücksicht auf die Stimmung in Armeen und im Volke, Einschränkungen der militärischen Operationen, ihrer Ansicht nach ausgeschlossen sei. Morgen früh werde Graf Tizza in Wien erscheinen, dessen Ansicht bei dieser weittragenden Entscheidung einzuholen werden müsse.“

Der Untersuchungsausschuß.

Fragebogen zur Vorgeschichte des Krieges

Der erste Untersuchungsausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung (Vorgeschichte des Krieges) hat nunmehr einen Fragebogen zur Versendung an die in Betracht kommenden Auskunftspersonen zur schriftlichen Gegenüberung gefaßt. Die darin aufgestellten Fragen beziehen sich:

1. auf die Feststellung, welches die politische Haltung des Herrn v. Tschirch in Wien seit dem Attentat von Serajewo war und in welchem Sinn die politischen und militärischen Stellen der deutschen Regierung auf ihn eingewirkt haben.
2. Es ist festzustellen, welche politischen und militärischen Verhandlungen am 5. bzw. 6. Juli in Berlin oder Potsdam stattgefunden haben.
3. Es ist festzustellen, ob und welche Maßnahmen Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und Staatssekretär v. Jagow ergriffen haben, um über den Fortschritt der Untersuchung in Serajewo nach dem 5. Juli Kenntnis zu erhalten.
4. Es ist festzustellen, ob vor der Überreichung des Ultimatums an Serbien militärische Vorbereitungen und Rüstungen stattgefunden haben.
5. Es ist festzustellen, ob vor der Überreichung des Ultimatums finanzielle oder wirtschaftliche Vorbereitungen stattgefunden haben.
6. Es ist festzustellen, was in der Zeit zwischen dem 5. und 22. Juli über den voraussichtlichen Inhalt des Ultimatums der politischen Leitung des Deutschen Reiches bekannt geworden ist.
7. Es ist festzustellen: Wann wurde das Ultimatum dem Herrn v. Tschirch in Wien übergeben? Wann wurde es von ihm auf den Weg nach Berlin gebracht? Wann ist es in Berlin im Auswärtigen Amt eingegangen? Wann und in welcher Weise hat die deutsche Regierung gegenüber der österreichisch-ungarischen zum Ultimatum Stellung genommen?
8. Es ist festzustellen: Wann und wie ist das Ultimatum bei den Regierungen in München und Dresden bekannt geworden?

Endlich soll noch festgestellt werden: Warum ist der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten zwischen dem Attentat von Serajewo und dem Kriegsausbruch nicht zusammengetreten? Ist Anregung zu einer Einberufung nicht Folge geleistet oder ihnen entgegen gearbeitet worden?

o Sechsfacher Mörder begnadigt. Der Bergmann Josef Ritter, der fünf Mitglieder der Familie Beutmann in Brambauer und deren Dienstmädchen ermordet hat und deswegen sechsmal zum Tode verurteilt wurde, ist jetzt zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden.

Hauptmann v. Kessel verhaftet!

Verdacht des Meineides und der Urkundenfälschung. Berlin, 10. Dezember.

Der Erste Staatsanwalt beim Landgericht I teilt mit, daß der Untersuchungsrichter beim Landgericht I antragsgemäß gegen den Polizeihauptmann v. Kessel Haftbefehl wegen Meineids, Urkundenfälschung und Herausforderung zum Zweikampf erlassen hat, und daß Hauptmann v. Kessel in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert ist.

Kronprinz Rupprecht und seine Auslieferung

Schlimmste Vergewaltigung.

Der vormalige bayerische Kronprinz erklärt in einem Schreiben an den früheren Minister v. Brettreich:

„Noch verzehren sich Hunderttausende deutscher Kriegsgefangener in Frankreich in stummem Sehnen nach Befreiung und Heimkehr und Millionen Angehöriger in bitterem Leid um sie. Frankreich lehnt die Freigabe ab mit Gründen, die vor keinem Urteil bestehen können, am wenigsten vor dem der Menschlichkeit, aus der allein die Hoffnung auf Völkerveröhnung dämmern könnte. Zur Begründung dieser Haltung werden, wie ich höre, von Frankreich auch die Versailler Bestimmungen über die Auslieferung der angeblich am Kriegsausbruch und an Kriegsverbrechen schuldigen Deutschen herangezogen. Ich betrachte diese Bestimmungen als schlimmste Vergewaltigung, die allem Völker- und Staatenrechte zuwider, je einem wehrlosen Volke zugefügt worden ist, und das Gericht, bei dem Kläger und Richter die gleiche Person ist, als ärgsten Hohn auf jegliches Rechtsempfinden. Nichtsdestoweniger halte ich es für meine Pflicht, was mich betrifft, alles zu befeitigen, was von gegnerischer Seite dazu benützt werden könnte, die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen als Vorwand zu dienen, und erklärte Ihnen daher als Präsidenten eines um die Kriegsgefangenen besonders bemühten Verein, daß ich, wenn die alliierten Mächte meine Auslieferung fordern sollten, ihrem Verlangen Folge leisten werde, nicht in Anerkennung eines ihnen zustehenden Rechtes, das ich in dem Briefe vom 26. Juli 1919 an den Herrn Präsidenten des Bayerischen Landtages verneint habe und immer verneinen werde, sondern in Erfüllung einer Pflicht, die ich den schweren und bitteren Zeiten des Krieges dem Volke gegenüber, dem ich angehöre, zu erfüllen stets bemüht war.“

Sechsstundenschicht im Bergbetrieb.

Trotz Hinweises auf den Zusammenbruch.

Der Ausschuß zur Prüfung der Arbeitszeit im Bergbau beriet unter Vorsitz des Prof. Gothein über die Frage der Kohlenabfuhr und Bagengestellung. Gothein schilderte die furchtbare Notlage des Landes infolge der Kohlennot, wobei er besonders auf die taftblütigen Forderungen der Entente hinwies und stellte den Arbeitnehmern vor Augen, daß die Forderung der Sechsstundenschicht den Zusammenbruch Deutschlands bedeuten würde. Der Sechsstundentag müsse und könne nur international geregelt werden. Die Vertreter der Arbeitnehmer hielten demgegenüber an ihrem Verlangen nach Einführung der Sechsstundenschicht am 1. Februar unbedingt fest. Zur Beratung über einen Vermittlungsvorschlag, der von Professor Franke und Bergbauhauptmann Schanz mit einem herzlichen Appell an das Gewissen der Arbeiter eingebracht wurde, trat eine Pause ein. Der Vermittlungsvorschlag will die Regelung der Sechsstundenschicht international auf diplomatischem Wege betreiben, die siebente Stunde beibehalten aber höher bezahlen und einschneidende sofortige Maßregeln zur Behebung der Wohnungsnot unter der Bergarbeiterschaft getroffen sehen. Bei der Abstimmung erklärten sich die Arbeitnehmer geschlossen für Einführung der Sechsstundenschicht am 1. Februar, die Arbeitgeber und die Wissenschaftler geschlossen gegen diese Möglichkeiten.

Die Instruktion für Lersner.

Ablehnung der bedingungslosen Unterjochung. Die Reichsregierung veröffentlicht die Instruktionen, die sie unserem Vertreter in Paris gegeben hat. Es heißt darin u. a.:

Die Forderung, daß mit der Note vom 1. November mitgeteilte Protokoll bedingungslos zu unterzeichnen, muß von uns abgelehnt werden. Sie steht im Widerspruch mit den Erklärungen, die Herr Dutasta und Herr Berthelot gegenüber Herrn von Simson abgegeben haben. Beide haben gegen eine mündliche oder schriftliche Diskussion keinen Widerspruch erhoben. Unsere Einwendungen gegen das Protokoll sind bekannt. Abgesehen von einzelnen unwichtigen Punkten, deren Nichtigstellung mündlicher Diskussion vorbehalten bleiben kann, die aber keine entscheidende Bedeutung haben, und in der Voraussetzung, daß die baltische Frage inzwischen erledigt sein wird, kommen als wesentlich Scapa Flow und die Schlußbestimmung in Betracht. Wegen Scapa Flow sehen wir der Auserkung der Entente auf unsere Darlegungen entgegen. Die Schlußbestimmung ist unannehmbar. Unsererseits müssen wir Aufnahme einer Bestimmung in das Protokoll verlangen, wonach die Heimführung derjenigen Kriegsgefangenen, die sich zu dieser Zeit noch in Frankreich befinden, an keine andere Bedingung als die im Artikel 221 bezeichnete geknüpft werden darf. Auch müßten eingehende Bestimmungen über Durchführung der Transporte aufgenommen werden. Bitte Herrn Dutasta zu fragen, ob Clemenceau, wie gemeldet wird, ausländischen Journalisten gesagt hat, daß die Herausgabe der Kriegsgefangenen erfolgen solle, wenn deutsche Zivilarbeiter im Wiederaufbauungsgebiet eingetroffen seien.

Deutsche Nationalversammlung.

(126. Sitzung.) B. Berlin, 10. Dezember.

Daß die Meinungen bei den Verhandlungen über das geplante Reichsnotopfer stark auseinander stößen würden, hatte man erwartet. Aber daß die allgemeine Aussprache über den Paragraphen 1: „Der äußerster Not des Reiches opfert der Besitz durch eine nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu bemessende große Abgabe vom Vermögen (Reichsnotopfer)“ geradezu zu einem Skandal, zu einer Unterbrechung der Sitzung, dem stärksten Anwurf, den sich führende Politiker machen können, der Beschäftigung des Landesverrats, führen würde, dessen hatte

man sich doch nicht versehen. Und das entfehlte mit seiner Oppositionsrede gegen das Gesetz Herr Dr. Hugenberg, Angehöriger der Deutschnationalen Partei, ehemals Generaldirektor der Kruppischen Werke in Essen. Heute noch hat sich das Haus noch nicht von der Erregung erholt, die gestern während der Hugenbergischen Ausführungen ausbrach. Hugenberg äußerte seine Bedenken gegen das Reichsnotopfer in der schärfsten Weise, schlug vor, statt dessen eine Zwangsanleihe durchzuführen, meinte, man werde die Industrie zugrunde richten und das deutsche Volk an die Kette der wirtschaftlichen Sklaverei der Entente legen. Wenn Herr Erzberger, der Reichsfinanzminister, das einmal tun wolle, so solle er es offen tun. „Dann lassen Sie, Herr Erzberger,“ rief Hugenberg aus, „den Feind doch lieber gleich das Ruhrgebiet belegen.“

Hier brach der Orkan los. Die Mehrheit des Hauses erhob sich und überschüttete Hugenberg mit Zurufen, unter denen der Titel „Volkverräter“ einer der gelindesten war. An Weiterreden, selbst an Weiterfragen war nicht mehr zu denken, der Präsident unterbrach die Sitzung auf eine Viertelstunde.

Als man wieder beginnen konnte, richtete Hugenberg noch einige Paraden gegen Erzberger, worauf dieser seine Klänge zum Gegenangriff erhob. Sie stüchelte auch nicht schlecht. So meinte er, die Verdächtigungen Hugenbergs reichten nicht an seinen Stiefelabsatz heran. In diesem gefährlichen politischen Augenblick bringe ein Abgeordneter es fertig, mit dem Gedanken zu spielen, das Ruhrgebiet vom Feinde belegen zu lassen, nur weil der Besitz von seinen Vorrechten etwas abgeben solle. Erzberger bezeichnet die Äußerungen Hugenbergs, natürlich unter Begleitung des entsprechenden Chorus aus dem Hause, als geradezu landesverräterisch, wohingegen Hugenberg in einer persönlichen Bemerkung jagt, daß er Herrn Erzberger schon lange für einen Landesverräter gehalten habe. Präsident Fehrenbach rügte dieses Wort als grobe Ungehörigkeit. Dann ging man gestern nach Hause.

Heute aber lief das Spiel weiter, und es ist noch nicht abzusehen, wann das Schlagschimmel enden wird, das dem vielversprechenden Anfang folgte.

Sitzungsbericht.

Nach den heftigen Stürmen, die gestern getobt hatten, herrichte heute, wenigstens zu Beginn der Sitzung, tiefe Ruhe und reinster Frieden. Der Saal war schwach besetzt, und die Ausführungen der Redner flossen sachlich und geschäftsmäßig dahin. Die allgemeine Aussprache beim § 1 der Vorlage über das Reichsnotopfer wurde fortgesetzt.

Der erste Redner, Abg. Braun-Franken (Soz.) verwandte fast keine sämtlichen Darlegungen auf die Bekämpfung der gestrigen Rede des Abg. Hugenberg. Der gestrige Tag, so hob er an, hat bewiesen, daß die Herren von der Rechten alles tun wollen, um das Zustandekommen des Reichsnotopfers zu verhindern. Sie sind bemüht, die Steuergebete zu sabotieren. Mit allen Mitteln wollen sie die Verhandlungen stören. Wir werden aber dafür sorgen, daß ihre Pläne nicht gelingen, daß die Kriegsgewinnler erfaßt werden und ein gerechter Ausgleich im Volke hergestellt werde. Für die Rechte gilt das abgeänderte Wort Bismarcks: „Die Deutschen fürchten nichts so sehr als Steuernahlen.“ Der Redner bekämpfte dann im einzelnen die verschiedenen Ausführungen des Abg. Hugenberg und ging dabei ausführlich auf den geschäftlichen Betrieb der Firma Krupp ein. Ich muß Herrn Hugenberg, erklärte er, ins Gedächtnis rufen, daß er in dem

Bestechungsprozess gegen die Firma Krupp

nicht vereidigt worden ist. Der Redner wies sodann auf die internationalen Beziehungen hin, die die Firma Krupp mit auswärtigen Firmen gepflogen hat. So sind, wie der Redner bemerkte, mit den Rutilow-Werken, deren Kanonen nachher unsere Soldaten niedergemacht haben, technische Erfindungen ausgetauscht worden. Weiter erinnert der Redner daran, daß der Abg. Hugenberg gestern den Reichsfinanzminister einen Landesverräter genannt hat, dabei hat er selbst den ärgsten Landesverräter begangen, indem er der Entente deutsches Land geradezu angeboten hat. (Der Präsident Fehrenbach unterbrach hier den Redner mit dem Bemerkung: „Ich kann nicht zulassen, daß einem Mitgliede des Hauses Landesverrat vorgeworfen werde. Ich bitte Sie, sich den gestrigen Vorgang als Warnung dienen zu lassen und sich unseren Aufgaben zuzuwenden: nämlich der Steuerdebatte.“) Der Redner behandelte sodann noch sehr ausführlich das geschäftliche Verhalten der Firma Krupp und des Stahlwerksverbandes, wobei er dem früheren Staatssekretär Dr. Helfferich den Vorwurf machte, daß Helfferich diese Geschäfte des Stahlwerksverbandes geduldet hätte, so daß er ein Finanzminister nach dem Herzen der Rechten gewesen sei.

Der nächste Redner war der Abg. Farwick (Zentr.), der mit der Erklärung begann, daß der Geheimentwurf in allen Hauptstücken von seiner Partei gebilligt werde, daß aber einige Abänderungsanträge noch eingebracht werden würden.

Mordprozess Lindner.

§ München, 10. Dezember.

In dem Prozess gegen den Metzger Lindner, der als Hauptangeklagter verantwortlich gemacht wird für die blutigen Vorgänge im Münchener Abgeordnetenhaus, bei dem Minister Auer schwer verwundet, Abgeordneter Desel und Major Careis erschossen wurden, verurteilt sich Lindner in erregter, mitleidiger leidenschaftlicher Weise.

Lindner gibt ohne weiteres zu, das Unternehmen gegen den Minister Auer habe seinen Grund in der Ermordung Eisners gehabt. Er wie viele seiner Gesinnungsgenossen seien überzeugt gewesen, Auer sei für die Erschießung Eisners verantwortlich zu machen. Auer müsse weg. Zu Einzelheiten erklärt Lindner, er wisse von nichts, er könne sich nicht erinnern, heute reue es ihn, wenigstens was den Menschen, nicht den Politiker Auer betreffe, und erst recht die andern Opfer. Der Vorliegende verweist demgegenüber auf schwer belastende Bezeugungen aus der Untersuchung. Lindner bleibt dabei, als Politiker sei Auer ein Volkverräter gewesen, und ein Volkverräter gehört weg von der Politik. Deshalb habe er im Landtage auf Auer geschossen, nachdem er ihm mehrmals das Wort: „Du gemeiner Verräter!“ ausgerufen. Das er Desel und Careis mitgetroffen, bereue er außerordentlich. Seine politische Stellung charakterisiert Lindner dahin, daß er für eine sozialistische Regierung sei, die später das Klätenstern einführen sollte.

Witangeklagt sind der Vater Frisch, der Graveur Merkert und der Kraftfahrer Schlund. Sie sind damals, am 21. Februar, mit Lindner im Abgeordnetenhaus, im Zimmer des revolutionären Arbeiterrats, zusammen gewesen und sind mit ihm herausgekommen, als Lindner in den Sitzungssaal stürzte. Merkert hat später Lindner verborgen. Sie erklären alle, unschuldig zu sein, Lindner sei wie von Sinnen gewesen, sie hätten ihn nicht zurückhalten können.

Bei der Zeugenvernehmung betonte Frau Sophie Auer, die Frau des verwundeten sozialdemokratischen Ministers, daß im Sitzungssaal eine schwüle Stimmung geherricht habe. Es sei ein ganz anderes Publikum auf den Tribünen als sonst dagewesen. Mehrmals hörte sie Aue „Roste“ und „Nieder mit Auer!“ Auch andere Zeugen haben von vorbereiteten Anschlägen gegen Auer gehört.

Der frühere Privatsekretär Eisners, Fehrenbach, gibt Aufklärung über viele Gerüchte, die damals in der Arbeiter-